

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Gegen die Lüge.

Erklärung der Arbeiter-Internationale gegen die Ruhrbesetzung.

Die Exekutivkomitees des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam), der Zweiten Internationalen (London) und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (Wien) sind am 26. und 27. Januar 1923 in Amsterdam zusammengetreten, um die durch die militärische Besetzung des Ruhrgebiets geschaffene tragische Lage zu prüfen.

In Uebereinstimmung mit den früher in Frankfurt (Februar 1922) und Amsterdam (Juli 1922) angenommenen und vom Weltfriedenskongress im Haag im Dezember letzten Jahres feierlich bestätigten Resolutionen verurteilen sie auf das entschiedenste die militärische Besetzung des Ruhrgebiets und die Anwendung von Zwangs- und Gewaltmethoden in der Lösung der Reparationsfrage.

Sie konstatieren, daß die Besetzung des Ruhrgebiets, die unter dem Vorwande des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete erfolgt, in Wirklichkeit aber diesen Wiederaufbau nur erschwert und hinauschiebt — nur einen Teil bildet des großen Kampfes der verschiedenen Gruppen der großkapitalistischen Schwerindustrie Deutschlands und Frankreichs um den dauernden Besitz der wichtigen Kohlen- und Eisenzentren. Die Arbeiterklasse ist heute ebenso wie im Kriege das Opfer dieser kapitalistischen Profitgier, ihr Interesse einzig die Bekämpfung der großkapitalistischen Absichten und die Herbeiführung eines wahren Friedens.

Sie bekräftigen neuerdings ihren Willen, durch Zusammenfassung aller Kräfte und in internationaler Zusammenarbeit aller Völker am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mitzuwirken. Die gerechtfertigten, unbedingt notwendigen und in den Grenzen des Möglichen an Frankreich und Belgien für den Wiederaufbau ihrer zerstörten Gebiete zu leistenden Wiedergutmachungen sind ein wichtiges Element dieses Wiederaufbaus.

Sie machen die Arbeiterklasse und die gesamte Öffentlichkeit aufmerksam auf

### die verheerenden Folgen der militärischen Besetzung des Ruhrgebiets,

auf das unmögliche Regime, dem die friedliche Arbeiterbevölkerung jetzt unterworfen wird, auf die daraus entstehenden ersten und blutigen Konflikte und endlich auf die Tatsache, daß sie den Keim zu neuen Kriegen in sich bergen.

Sie stellen dieser Politik der Gewalt eine Friedens- und Verständigungspolitik entgegen, die auf dem gemeinsamen Interesse des arbeitenden Volkes beruht.

Sie beschließen:

1. Die Propaganda dieser Grundsätze in allen Ländern auf dem Wege der Presse, der Versammlungen und Demonstrationen zu verstärken.

2. Den ständigen Austausch genauer und zuverlässiger Informationen über die Lage in den verschiedenen Ländern zu organisieren, um die Bande des gegenseitigen Vertrauens, welche die proletarischen Massen der verschiedenen Länder miteinander verbinden sollen, aufrechtzuerhalten und zu stärken.

3. In allen Parlamenten auf die Regierungen einen Druck auszuüben, um sie dazu zu bringen, daß der Völkerbund angerufen wird, in den vor allem Deutschland mit den gleichen Rechten wie die anderen Nationen aufgenommen werden muß.

Sie senden die Aufmerksamkeit der Arbeiter speziell auf die wachsenden Kriegsgefahren und fordern sie auf, alle ihre Kräfte einzusetzen, um die offenen und ge-

heimen Pläne des Militarismus und Imperialismus zu vereiteln und so zur Aufrechterhaltung des Friedens beizutragen.

Sie warnen die Arbeiter aller Länder vor der Vergiftung durch die Lügen der bürgerlichen Presse, die ebenso wie im Kriege bereits wieder begonnen hat in allen Ländern, von allem aber in Deutschland und Frankreich, die größten Ungeheuerlichkeiten zu verbreiten, um die Völker gegeneinander zu heizen.

Insbesondere weisen sie auf

### die Lüge der Regierungen

hin, die behaupten, daß sie nur gegen die deutschen Kapitalisten vorgehen, während doch die ersten Opfer ihrer Aktion die deutschen Arbeiter sind, deren gewerkschaftliche und sozialistische Organisationen die Pflicht Deutschlands, im Rahmen des Möglichen Wiedergutmachungen zu leisten, anerkannt haben und auch heute anerkennen und so der Demokratie die sicherste Garantie für die Herbeiführung eines wahren Friedens gaben.

Sie stellen fest, daß die sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen von Frankreich und Belgien nachdrücklich und klar in den Parlamenten, in öffentlichen Versammlungen und in der Presse gegen die den Frieden gefährdende Politik ihrer Regierung protestiert und alles getan haben, was angesichts der Spaltung in der Arbeiterbewegung und der jetzigen Macht des siegestrunkenen Kapitalismus möglich ist, um die Massen zu entschiedenerem Auftreten zu veranlassen. Sie erklären, daß es ihre Pflicht ist, diese Bestrebungen mit aller Energie fortzusetzen.

Im Interesse dieser Friedensgarantie, um das Reparationsproblem auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zu lösen und einer weiteren Zerrüttung der europäischen Wirtschaft entgegenzuwirken, wird das Weltproletariat, insbesondere aber das französische und belgische Proletariat, aufgefordert, sich für den

### sofortigen Rückzug aller Okkupationsstruppen aus dem Ruhrgebiet

einzusetzen, während gleichzeitig die deutsche Arbeiterklasse aufgefordert wird, die deutsche Regierung und die deutschen Kapitalisten zu zwingen, die Deutschland obliegenden Reparationen im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit zu erfüllen.

Die Komitees der internationalen Organisationen stellen sich den nationalen Organisationen zur Verfügung, um den Veranstaltungen in den einzelnen Ländern einen internationalen Charakter zu geben.

Der Niederländische Gewerkschaftsbund in Amsterdam hat im Zusammenhang mit der Lage im Ruhrgebiet einen Brief an das Sekretariat des Völkerbundes gesandt, in dem die Ansicht ausgesprochen wird, daß die Lage im Ruhrgebiet geeignet sei, das industrielle Leben in ganz Westeuropa zu lähmen, da die Arbeiter sich weigern, unter der Bedrohung von Waffen zu arbeiten. Es besteht unzweifelhaft die Gefahr eines Krieges, wie sie in Artikel 11 der Völkerbundsatzung erwähnt ist. Der Niederländische Gewerkschaftsbund sei insofern der Ansicht, daß alle Maßnahmen getroffen werden sollten, um das Ziel des Völkerbundes zu verwirklichen und den allgemeinen Frieden zu erhalten. — Eine Abschrift dieser Mitteilung ist an das Internationale Arbeitsbureau in Genf und an das niederländische Ministerium übersandt worden mit der Bitte um Unterstützung.

## Ausdehnung der Besetzung.

Paris, 29. Januar. (EP.) Die „Chicago Tribune“ behauptet, eine weitere Ausdehnung der Besetzungsjone sei unter Umständen in Aussicht genommen; denn die gegenwärtigen Stellungen der französischen Truppen seien unpraktisch und gestatteten keine völlige Kontrolle des Ruhrgebietes. Eine Errichtung von Zollschranken an den Punkten, wo die Besetzungstruppen gegenwärtig stehen, würde Schwierigkeiten hervorrufen. Infolgedessen wäre es möglich, daß die Franzosen Wesel, Hamm, Hagen, Barmen und Elberfeld besetzen.

### Strengere Maßnahmen.

Paris, 28. Januar. (EE.) Havas stellt in einer Düsseldorf Depesche die Lage im Ruhrgebiet folgendermaßen dar: Die offene Feindseligkeit der deutschen Regierung erfordert durch das Interalliierte Kommando eine neue Taktik. Es müssen strengere Zwangsmassnahmen in Aussicht genommen werden. In kurzer Zeit müssen alle Maßnahmen für eine langfristige Besetzung getroffen werden. Die wirksamste Zwangsmassnahme, die die Deutschen fürchten, bestehe darin, das unbefestete Deutschland von der Kohlenzufuhr aus dem Ruhrgebiet gänzlich abzuschneiden. Infolgedessen werden um das befestete Gebiet jährliche Ueberwachungsarbeiten erledigt werden, die im geeigneten Augenblick alle Täler verschließen und alle Kohlentransporte in das unbefestete Deutschland verhindern können. In einem so verzweigten Gebiete mit so zahlreichen Eisenbahnlinien ist eine solche Organisation nicht von einem Tage zum anderen ins Leben zu rufen. Infolgedessen kann es der Aufmerksamkeit der Franzosen und Belgier nicht entgehen, daß noch Vorberei-

tungen zu treffen seien, um die Zugänge abzuschließen. In Erwartung dieses Augenblicks macht die französisch-belgische Einrichtung geduldig und ohne Lärm jeden Tag weitere Fortschritte.

### Steigende Verkehrsschwierigkeiten.

Adin, 29. Januar. (Wib.) Die Stilllegung des Verkehrs auf einzelnen ober- und niederrheinischen Strecken verursacht gewaltige Störungen im gesamten westdeutschen Eisenbahnbetrieb. Der Kölner Bahnhof war gestern und heute von unzähligen Reisenden besetzt, die nicht weiterfahren und teilweise auch in der Nacht nicht unterkommen konnten. Einzelne Züge werden auf Umwegen nach dem Ruhrgebiet geleitet. Der direkte Weg nach Duisburg-Ruhrort-Oberhausen usw. ist gesperrt.

## Dollar 33 000!

### Wann wird dem Treiben endlich Einhalt geboten?

Die Berliner Börse, die in den letzten Jahren manche stürmische Hauffe erlebt hatte, dürfte einen so strammen Ansturm wie heute wohl noch nie erlebt haben. Das Mißverhältnis zwischen Nachfrage und Angebot war so stark, daß bei den meisten Papieren des Großverkehrs variable Kurse kaum notiert werden konnten. Man mußte sich damit begnügen, Einheitskurse festzustellen, daß ein Angebot vielfach gar nicht vorlag. Die Kurssteigerungen sind naturgemäß dementsprechend groß. Es vollzieht sich auf allen Märkten das Schauspiel einer Katastrophenhaut, wie sie selbst die Wiener Börse in solchem Ausmaße kaum gesehen hat. Besonders gesucht waren heute die westdeutschen Montanwerte, Valutapapiere und alle diejenigen Effekten, bei denen Grubenbesitz in Frage kommt.

Am Deutschemarkt stieg der Dollar gegen Mittag auf 33 000!

## Die Münchener Post.

So kam es und so fing es an: die Nationalsozialisten unter Hitlers glorreicher Führung, eine jugendliche Garde, die von sich überzeugt sein mag, daß sie der Welt großen Nutzen bringe, wollte ein Fest feiern. Zunächst sollte die „Fest“ schon am 20. Januar steigen. Man hatte sie indessen vertagt. Und nun ging sie am letzten Sonntag vorstatten. Mit Hilfe der Rohbach, Graefe, Wulle und anderer norddeutschen Bayern wollte man dem Fest der „Fahnenweihe“ einen besonderen Rahmen verschaffen. Deshalb die Versuche, aus Norddeutschland Gummiknüttelgardisten und sonstige zweifelhafte Gestalten mittels Extrazügen nach München zu schaffen. Die Leser wissen, daß einige dieser sonderbaren Züge abgefangen wurden. Man mußte sich in München also ohne sie behelfen.

Es wäre übertrieben, wenn man annehmen wollte, daß die Sturmtruppen der Hitler-Ludendorff für sich allein imstande wären, ein ungeheures Interesse in Deutschland zu erwecken. Nur die schweigende, aber wohlwollende Unterstützung, die ihnen jetzt schon seit langem von den Organen der bayerischen Rechtsregierung zuteil geworden, und die Aufbauschung ihrer Tätigkeit durch die Münchener rechtsorientierte Presse hat ihnen den Schein einer größeren Bedeutung verliehen, als sie aus sich selbst heraus gewonnen haben würden. Die bayerische Arbeiterklasse sieht allerdings mit wachsendem Horn den Mißbrauch, den die Nationalsozialisten mit dem Namen einer „Arbeiterpartei“ treiben, und ist empört über die Toleranz, mit der die bayerischen Behörden dem Kaufmann der Hitlergardien zuschauen. Deswegen rief die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Münchens zu Gegenkundgebungen auf. Die Folge war die Verhängung des Ausnahmezustandes über ganz Bayern.

Man muß noch einmal die Begründung für die Verhängung des Belagerungszustandes lesen, um die ganze Boshaftigkeit des weiteren Verlaufes der Dinge verstehen zu können. Es sei jetzt, so hieß es, nicht Zeit zu politischen Auseinandersetzungen, durch welche die Gefahr von Zusammenstößen unter Deutschen heraufbeschworen werde:

„Den Führern der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ wurde eröffnet, daß unter diesen Umständen anfänglich ihres Parteitages Veranstaltungen und Festlichkeiten unter freiem Himmel nicht zugelassen werden. Sie lehnten die Beachtung dieser Anordnungen ab und drohten, daß der staatlichen Gewalt Gewalt entgegengekehrt werde. Damit hat die „Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei“ den gesetzmäßigen Boden verlassen und der verfassungsmäßigen Regierung den Kampf angeflagt.“

Aus den Mitteilungen, die der neue „Generalsstaatskommissar“ der Presse machte, geht hervor, daß Hitler selbst dem Polizeipräsidenten, der ihm von dem Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel Kenntnis gab, mit gewaltigem Widerstand gedroht hat. Der Polizeipräsident, der jetzt in München die ehrenvolle Rolle des Staatskommissars zu spielen hat, ließ nun nicht etwa den „mahlos erregten“ Hitler wegen Bedrohung und Rötigungsversuch von der Stelle weg verhaften, sondern lud denselben Hitler ein, ins Ministerium zu gehen und mit dem Innenminister eine „Verständigung“ zu suchen. Diesem freundschaftlichen Wink folgte allerdings Hitler nicht, sondern schickte zwei seiner Gehilfen, die nun ihrerseits den Minister „zur Rede stellen“ und erklärten, daß die nationalsozialistischen Kundgebungen unter allen Umständen stattfinden würden. Feiglinge würden nicht dabei sein.

Darauf schleunigster Ministerrat. Verhängung des Belagerungszustandes. Auf Grund dessen Verbot der sozialdemokratischen Kundgebungen. Ebenso Verbot des kommunistischen Blattes. Und alle Welt harpte gespannt der Dinge, die am Sonntag kommen würden.

Doch was geschah? Die Staatskommissare des Belagerungszustandes verhandelten weiter mit den Leuten, die ihnen offene Gewalt angedroht hatten. Auf Grund des Belagerungszustandes erlaubten sie ihnen die Revolution zu fünfzig Prozent. Statt zwölf Versammlungen sollten sie nur sechs abhalten dürfen. Umzüge wurden nicht gestattet. Tatsächlich haben am Sonnabend die zwölf Versammlungen an Stelle der erlaubten sechs stattgefunden. Tatsächlich haben am Sonnabend trotz Verbotes die Nationalsozialisten sich in geschlossenen Zügen auch innerhalb der Bannmeile des Landtages großtun durch die Straßen bewegt und wieder, wie vordem das Café Grünwald, so jetzt einige Fensterreiben demoliert. Die Polizei griff nicht ein. Und am Sonntag konnte die Bannerweihe der Hakenkreuzler ungehindert vorstatten geben. Unter freiem Himmel selbstverständlich, trotzdem das besonders verboten war. Sämtliche Teilnehmer waren durch rote Armbinden mit Hakenkreuz gezeichnet. Die Polizei des Belagerungszustandes sorgte dafür, daß der Umzug zum Festplatz ohne Störung vor sich ging, und auf dem Festplatz selbst konnte Hitler diese unglaubliche Ansprache halten, ohne gestört zu werden:

„Deutschland hatte bis 1918 eine Flagge, heute haben wir keine deutsche Flagge mehr. Deshalb müssen wir uns selber ein Sinnbild geben. Wir danken dem Schicksal, daß es im November 1918 die alte Fahne einrollen ließ, so daß das, was uns das Heiligste war, nicht besudelt worden ist. Sie wird die Flagge von Deutschlands Größe bleiben, während die, die man uns gegeben hat, ein Zeichen sein wird von Deutschlands Schande, Deutschlands Ehrlosigkeit und Deutschlands Zusammenbruch.“

Ein komödienthafter Rückfisch auf die Hakenkreuzfahne folgte. Und dann trat der bekannte deutschnational-



Oberst Inlander vor, um den Nationalsozialisten zu gratulieren, daß sie „trotz aller Furcht und Angst der „sogenannten“ Regierung“ ihre Tagung abgehalten hätten. Nur das Halbkreuz und der Stahlhelm könne Deutschland retten! Abmarsch in geschlossenem Zuge durch die Stadt nach dem Kindl Keller, wo das Weitere besorgt wurde.

Am Abend war großer Regen. Natürlich in den Kreisen der bayerischen Regierung. Und die „Münchener Neuesten Nachrichten“ wußten zu melden, daß der Minister des Innern und Generalstaatskommissar Schweyer dem Ministerpräsidenten sein Abschiedsgesuch eingereicht habe. Wegen des Sieges natürlich, den die Nationalsozialisten über die Regierung davongetragen. Aber am Montaggrüß ist der amtliche Dementierapparat schon in Tätigkeit: Die Meldung, daß der Minister einen selbstverständlichen Entschluß gefaßt, wird schleimigst als nicht der Wahrheit entsprechend bezeichnet. Sie bleiben also alle drei: der Hitler, der Schweyer und der — Belagerungszustand! Der letztere gilt selbstverständlich nur für die Linksparteien. Die kommunistische „Neue Zeitung“ bleibt verboten; der „Völkische Beobachter“ erscheint und schimpft ruhig weiter. Die Staatsautorität, auf die man sich in München so viel zugute tat, ist durch das neue Postenspiel sehr wesentlich „gestärkt“ worden. Um keinen Zusammenstoß stattfinden zu lassen, verhandeln die Staatsgewalten mit den Umstürzern. Und alles geht seinen Gang. . . .

Es hat lange gedauert, bis unter Verhinderung der Rührsche Belagerungszustand beseitigt wurde. Der Hitler gab seinem Ehrentafelgefährten v. Kulling und dem Herrn Schweyer Gelegenheit, besagten Ausnahmezustand wieder einzuschmuggeln. Zwar steht fremdes Militär im Ruhrgebiet, zwar ist auch die bayerische Pfalz von der Annexion bedroht, aber was tut das, wenn man in München nur mit den Kadaverhelden leidlich auskommt. Neugierige Leute fragen, warum die bayerische Regierung zunächst die große Geste machte, um dann trotzdem in fast allen Punkten nachzugeben? Es wird geräunt, daß dieser Umfall auf das vermittelnde Eingreifen des Münchener Führers der republikanischen Reichswehr, des Generals v. Lossow, zurückzuführen sei. Wir vermögen diesen Gerüchten einseitigen noch keinen Glauben zu schenken und erwarten, daß auch hier der Dementierapparat alsbald seine segensbringende Tätigkeit entfalten werde.

Einstweilen endete das Stück, das mit dem Bathos der Tragödie eingeleitet wurde, in einer Posse. Die Frage aber ist, wie lange noch sich das deutsche Volk, dem an der Ruhr der Lebensnerve abgeschnürt werden soll, weiterhin solche bayerischen Possenspiele gefallen lassen, und ob nicht endlich die Reichsregierung es als ihre Aufgabe ansehen wird, dem nationalsozialistischen Spul in Bayern ein Ende zu bereiten!

### Niederlage der Regierung.

München, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Heute wird mitgeteilt, daß an dem Gerichte von dem Rücktritt des Innenministers Dr. Schweyer kein wahres Wort ist. Gegenüber diesem Dementi ist die Bestimmtheit, mit der die Meldung über das Rücktrittsgesuch des Ministers auftrat, so auffallend, daß man wohl mit Recht annehmen kann, daß der Minister sich durch seine Aktion gegen die Nationalsozialisten so bloßgestellt fühle, daß er sich mit Rücktrittsgedanken trug, die er aber wieder aufgegeben hat, um eine Regierungskrise, die ohne Zweifel hätte entstehen können, zu vermeiden. Der Sonntag ist ruhig verlaufen. Die Halbtagestruppen hielten vormittags ihre Fahnenweihe auf dem Marschfeld ab, trotzdem angeblich keine Erlaubnis dazu gegeben war. Hier nannte Hitler in seiner Ansprache die Fahne der Republik einen Freßer. Oberst Inlander übermittelte die Sympathien des völkischen Rechtsbundes gegenüber den Nationalsozialisten. Die Sturmabteilung, etwa 2000 Mann, zog mit drei Musikkapellen und 13 Fahnen durch die Stadt auf den von der Polizei vorgezeichneten Marsch. Die „Münchener Post“ stellt die vollkommene Niederlage der Regierung fest und wendet sich heftig gegen die einseitige parteipolitische Einstellung

### Arbeitsvöll!

Von Willi Birnbaum.

Laufende müde, abgegränzte, verdrossene, sorgendurchfurchte Gesichter schau ich jeden Tag, sehe sie in dreitem Strom des Morgens schweigend und frierend zu ihren Arbeitsstätten wachen und ebenso wortlos am Spätnachmittag zum Bahnhof pilgern. Bleischwer liegen die Jahre auf ihren Gemütern, jeder Tag grauer, trostloser Oede führt an ihren Verdorrensträngen. In unstillen Augen verbirgt sich die bangende Frage: Was bringt der morgige Tag?

Schon künbet sich's fort, hier und da sind Arbeitskräftungen, Betriebsstilllegungen, Entlassungen. Rechnungen schwirren durch die Hirne, die immer, wie man es auch beginne, mit einem Minus enden. Drohend, frecher nur grinst Elend und Sorge.

Und doch . . . sie schaffen tagaus, tagein, pumpen sich aus, ihr ganzes Leben nichts weiter, denn ein großes, einziges, ununterbrochenes Schaffen. Wer kennt nicht die engbrüstigen, hochmangigen, blaffen Gestalten? . . .

An der Zeitungstafel flauen sich für einen Augenblick die Menschen, aufschauend für einen Moment. Der Dollar ist wieder geklettert! Im Ruhrgebiet greift der franko-belgische Militarismus zu neuen Repressalien! Es ist, als verblühete sich immer mehr der Horizont. Schon drängen neue Gruppen heran; man hört Flüche, sieht in kalte Augen, in deren Grundtiefen Haß aufquillt mit quälenden Sorgen vermengt.

D, sie haben in langen Jahren es genugsam erfahren: Gewalt wirkt immer zerstörend! Sie spüren Ortman, wenn sie des gefährlichen Molochs Militarismus gedenken, der instinktmäßig über sich hinausgreifend — an sich selbst zerbrechen muß! Aber in unsere keimenden Hoffnungen fallen bittere Tropfen Vermut. Was wird er vorerst an Worten vernichten, wieviel Willen zu fruchtbringender, wertfördernder Arbeit zum Erliegen bringen! Die Gedanken wachsen mit jedem neuen Tag und türmen sich zu gigantischer Pein.

Ich höre sich gern ein Wort: „Das ist der Geist von 1914, der da im deutschen Volke umgeht!“ und weiß, daß es Menschen gibt, die solches glauben. Schaut nur näher hin und ihr werdet gewahren, daß es anders heute ist. Damals glaubten nur gar zu viele dem Popanz Gewalt und jubelten ihm zu. Die Jahre haben es anders gewiesen; heute wissen wir, es schafft nur neue Berge von Schutt und Gerümpel. Wir sehen Illusionen, die ins Graue zerstioben!

Ja — wir haben noch den Glauben, daß rohe Gewalt an dem Willensfelsen der hohen Vernunft über kurzem zerbrechen wird. Arbeitsbrüder diesseits und jenseits der Grenzen geben uns ermunternde Zeichen: Seid fest! Wir haben manchmal in all den Jahren die Zähne zusammengebissen; wir pressen sie fester noch! Kein Hauch des Hasses unsere Lippen entfliehe! Nur Zuversicht, festen Willen — und wir erleben die Wiedergeburt ehernen Menschenrechts: Ein freies Volk unter Menschenbrüdern zu sein!!

ber bayerischen Regierung. Diese habe sich dadurch gezeigt, daß sie mit Hitler Handelsgeschäfte abgeschlossen habe, indem sie ihm gegenüber das Verbot der sozialistischen Versammlungen vom Freitag als Kompensationsobjekt benutzte. Von vornherein habe man es auf eine Einigung mit den Nationalsozialisten abgesehen, was das Verhalten des Polizeipräsidenten Rorh und des Innenministers Schweyer auf die Drohungen Hitlers und seiner Leute bewies. Die Meldung von der Zertrümmerung der Schaufensterheide eines Modehauses ist daher richtigzustellen, daß die Fensterheide in der Wohnung des Genossen Dr. Landauer, der als Redner der Partei bekannt ist, von Halbkreuzlern eingeworfen wurden.

### Die Bergarbeiter bleiben fest.

Hamm, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Betriebsräte der Bergarbeiter aus dem ganzen Ruhrgebiet waren am Sonntag in Hamm versammelt, um zu der gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen. Genosse Hufmann war mit dem Referat beauftragt. Er lehnte nach wie vor jeden Generallstreik ab. Die bisher von der Bergarbeiterschaft eingenommene Abwehrhaltung soll im gleichen Maße beibehalten werden. Diese Auffassung wurde von sämtlichen Teilnehmern der Konferenz geteilt. Eine Entschärfung spricht sich gegen jeden Nationalismus aus und hebt hervor, daß die Tätigkeit der Unternehmer in der Gegenwart besonders aufmerksamt verfolgt werden muß. Eine Frankendehnung wird entschieden abgelehnt und ausdrückliche Treue zur deutschen Republik gelobt. Bei der Regelung der Lohnfrage erwartet die Bergarbeiterschaft weitestens Entgegenkommen der Unternehmer und der Reichsregierung.

### Ueberwachung der Kohlenabfuhr.

Essen, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die militärischen Ueberwachungsmaßnahmen um das Industriegebiet gaben uns am Sonntag Veranlassung, das neubesezte Gebiet zu umfahren. Rein äußerlich fiel die äußerst starke Truppenkonzentration besonders auf. Es gibt wohl kaum eine französische Waffengattung, die da nicht vertreten ist, während die weiter im Innern liegenden Landgebiete von Soldaten fast frei sind. Neben sehr vielen Tanks sind viele Batterien zu sehen. Stach soll auch die vielen Sanitätskolonnen ins Auge und besonders rege ist der Autotankverkehr.

Zolltechnische Vorbereitungen haben wir nicht bemerkt. Die Vertreter der Behörden in den von den Franzosen selbst als fünfjährige Zollstation bezeichneten Ortschaften sind über zolltechnische Vorbereitungen irgendwelcher Art bisher nicht unterrichtet worden. Sie haben auch nicht den Eindruck, daß Vorbereitungen im Gange sind, die eine Zollhebung schon in den aller nächsten Tagen ermöglichen könnten, glauben aber aus Unterredungen mit französischen Offizieren zu schließen, daß die militärischen Maßnahmen auf die Schaffung einer Zoll-Einlie hinauslaufen. Mit einer Kontrolle der Güterzüge ist in aller kürzester Zeit bestimmt zu rechnen. Vorläufig wurde nur der Bahnhofsoorbeiter in Höhe von einem französischen Offizier offiziell gezeigt, ob er bereit sei, alle postierenden Güterzüge in Zukunft 15 Minuten anhalten zu lassen, um eine Kontrolle zu ermöglichen. Die maßgebenden Eisenbahnbeamten glauben, daß durch eine Ueberwachung des Güterverkehrs für das innere Deutschland, wenigstens für die erste Zeit, nicht zu unterschätzende verkehrstechnische Schwierigkeiten eintreten, auf die man sich vorbereiten sollte.

Zusammenfassend kann man sagen, daß eine Zoll-Einlie in den nächsten Tagen nicht in Erscheinung treten wird, daß aber mit einer Ueberwachung der Züge bestimmt zu rechnen ist.

Wie ich aus äußerst zuverlässiger französischer Quelle erfuhr, läuft die französische Politik zunächst darauf hinaus, die Ruhrkohlen, das ist die Strecke von Düsseldorf—Kettwig—Hattingen nach Schwerte, vollständig zu militarisieren, um die zur Versorgung der Truppen notwendigen Transporte sicherzustellen. Außerdem soll die Linie Düsseldorf—Oberhausen—Ostfeld—Recklinghausen—Lünen zum gleichen Zweck vollkommen militarisiert werden. Kontrollstellen zur Ueberwachung der auf den anderen Strecken fahrenden deutschen Züge sollen sofort eingerichtet werden. Erst wenn die gesamten Eisenbahnlinien fest in der Hand der Befehls sind, will man an die Errichtung von Zollstellen gehen.

### Willkür über Willkür.

Die Franzosen haben bei Steele und bei Düsseldorf das Rheintal durchschnitten. Der Regierungspräsident wird wegen Wiederherstellung verhandeln. Die Reparatur kann nur von deutschen Beamten vorgenommen werden, und diese verlangen die

Eine Waffe gegen die Milchplankter. Die Milchplankter bedroht die deutsche Volksgesundheit und besonders das Leben des Nachwuchses heftiger als alles andere in unserer arg gefährdeten Ernährung. Nicht nur die beständig wachsende Teuerung der Milch spielt dabei eine Hauptrolle, sondern auch die Verschlechterung ihres Gehaltes, die Verwässerung und Verschmutzung, die auf das Schicksal der Milchplankter und Milchplankter fällt. In das schändliche Treiben dieser Gesellschaft leuchtet ein Artikel „Zur Frage der Milchhygiene, insbesondere über die Verhütung der Milchfäulung durch zweckmäßige Berechnung des Milchpreises“ von dem Greifswalder Hygieniker Prof. E. Friedberger in der „Münchener Wochenschrift“ hinein. Er betont, daß die behördlichen Bestimmungen über Milchkontrolle nicht im entferntesten mit den strengen und wirksamen Maßnahmen verglichen werden können, durch die die Bevölkerung vor dem Genuß gesundheitsschädlichen Fleisches geschützt wird. Die Schwierigkeit, für die Milch ähnliche strenge Bestimmungen durchzuführen, liegt in der Dezentralisierung der Milchherzeugung und des Milchhandels. Die Gemeinden sind deshalb vielfach dazu übergegangen, städtische Milchhöfe meist in Verbindung mit den Schlachthöfen einzuführen. Aber die zweckmäßige Behandlung der Milch an diesen Zentralen kann doch nur zu guten Ergebnissen führen, wenn schon eine sachgemäße Gewinnung und Behandlung der Milch beim Erzeuger erfolgt. Ein großer Mißbrauch wird mit der Bezeichnung „Vollmilch“ getrieben. Diese soll mindestens 2,7 Proz. Fett enthalten. Der Fettgehalt der Rohmilch schwankt aber in dem unersäfflichen Zustand zwischen 2 Proz. und 5,5 Proz. Es erscheint aber geradezu absurd, für Milch ohne Fettgehalt, die sog. Magermilch, kaum die Hälfte des Preises zu zahlen wie für Milch mit 2,5 Proz. Fettgehalt, und andererseits für Milch mit solchem Fettgehalt den gleichen Preis zu entrichten wie für Milch mit etwa doppeltem Fettgehalt, die auch als „Vollmilch“ bezeichnet wird. Da die Mindestfettgrenze für die Vollmilch auf 2,7 Proz. festgesetzt ist, so hat sich diese Mindestzahl ganz unerschütterlich rasch zur Normalzahl herausgebildet. Die Milchplankter erhalten dadurch geradezu einen Anreiz zu teilweiser Entmischung und Verwässerung der „Vollmilch“. Der kleine Milchproduzent und der Händler vermischt fettere Milch und macht sie auf diese Weise zu der üblichen „Vollmilch“. Die großen Molkereien verwenden von vornherein die fettreichsten Milchquoten mit 3—5 Proz. zur Sahne- und Butterbereitung. Gegen die Verwässerung der Milch durch Wässerung und Entmischung und gegen die systematische Fernhaltung der Milchquoten mit hohem Fettgehalt vom Konsumenten, sagt Friedberger, gibt es nur ein sicheres Mittel: das ist die Preisfestsetzung der Milch nicht nach dem Volumen, sondern lediglich nach dem Fettgehalt. Wenn heute ein Liter Vollmilch mit 5 Proz. 5 M. (natürlich mit der jeweiligen Teuerungsziffer multipliziert) kosten würde, mit 2,5 Proz. Fett 2,5 M. usw., Milch mit weniger als 0,5 Proz. Fett als Magermilch 50 Pf., so würde sich kein Milchplankter mehr die Mühe machen, seine Milch zu verwässern.

Walter Mehring sprach im Grünen Saal eigene Dichtungen vor einer ausmerkm und hingebenden lauschenden Anhäufung. Er sucht das Kosmische wie das Komische zu umspannen. Er geht zum Ausfall über, aber sein Degen sticht nicht zu; er scheidet und trägt den Segner nur. Winnter gelingen ihm ganz

### Räumung künstlicher besetzten Umschlagstationen.

Aus Düsseldorf sind Bürgermeister Schmid und Regierungsrat Döge ausgewiesen und abgehoben. General Simon erklärte den Beamtensorganisationen zuerst, die Befehlsgewalt könne in das Verfahren nicht mehr eingreifen, da es bereits beim Kriegsgericht anhängig sei. Trotzdem habe die Befehlsgewalt die Ausweisung verfügt. Das Postamt Düsseldorf ist von französischen Truppen besetzt, Beamte und Beamtinnen herausgetrieben worden, zum Teil mit Gewalt, weil einige Telegraphenleitungen der französischen Zentrale gestört sein sollen. Ueber das Kohlenrevier von Moers ist der Belagerungszustand verhängt.

Die Rheinlandkommission hat wieder eine Menge Landräte, Bürgermeister, Grundbesitzer usw. abgehoben lassen, weil sie sich geweigert hätten, den Ordonanzen zu folgen; ausgewiesen ist der Hauptchristliche Leiter der „Wiesbadener Zeitung“, Gorrenz, wegen „aufreizender Artikel“. Die Familien haben innerhalb von vier Tagen das besetzte Gebiet zu verlassen.

Die „Eifel-Zeitung“ in Daun ist unter Vorgesur gestellt und muß in jeder Nummer an der Spitze kostenlos die Bekanntmachungen des Kreisdelegierten veröffentlichen.

Der Aachener Polizeipräsident ist ausgewiesen und abgehoben worden, ebenso der Regierungspräsident und sein Stellvertreter, weil sie die Ordnung nicht aufrechterhalten hätten. Der belgische General Gilain gibt bekannt, daß die deutschen Polizeibeamten ihm allein unterständen. Die Truppen seien angewiesen, von der Waffe Gebrauch zu machen. Der kleine Belagerungszustand werde zunächst durch Früherlegung der nächtlichen Verkehrsperre verschärft. Der Hauptbahnhof ist militärisch abgesperrt, jeder Eisenbahnverkehr ruht.

In Rheinbessen hat die Befehlsgewalt alle Versammlungen verboten; der pfälzische Kreistag berät unter französischer Polizeiaufsicht.

Die Zensurverbote sind so zahlreich, daß wir sie nicht mehr verzeichnen können.

Der Bund heimattreuer Oberlehrer und seine Ehemer Beratungsstelle für Erseh von Verdrängten sind unterdrückt. Der Präsident des Emscher Ein- und Auswahrales ist ausgewiesen, ebenso Landrat und Bürgermeister von Bad Kreuznach; der Bürgermeister durfte nicht einmal noch seinen Mantel anziehen!

Der Kölner Landesfinanzamtspräsident Hoehling von Banznauer ist im französischen Militärkrankenhaus in Mainz erkrankt und wird in das französische Militärkrankenhaus gebracht.

Die Abhebung des Ringer Oberbürgermeisters erfolgte aus dem Krankenhaus heraus, in dem er lag!

Düsseldorf, 29. Januar. (W.B.) Der Präsident der 2. Abteilung des Landesfinanzamtes Düsseldorf, Dr. Finger, ist heute vormittag von der Befehlsgewalt in seiner Wohnung verhaftet worden. Der Aufnahmsort Dr. Fingers ist unbekannt.

### Englische Stimmen über Frankreich.

London, 29. Januar. (W.B.) Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ in Köln schreibt, es bestehe Grund zu der Annahme, daß die französische Politik immer noch unbestimmt und unentschieden sei, und daß die Franzosen immer noch durch die feste Opposition der deutschen Arbeiter außer Fassung gebracht seien. Alles deute darauf hin, daß die französischen Behörden nicht wüßten, woran sie sind, und daß viele von ihnen nicht ein noch aus könnten.

Der Pariser Korrespondent des „Observer“ schreibt, es beständen Anzeichen, daß in Frankreich eine Intervention mehr begrüßt als abel angenommen werden würde, wenn sie ohne Verlust an Würde erfolgen könne. Die französischen Radikalen sprächen oft über den Völkerbund. Es beständen Anzeichen dafür, daß in französischen Regierungskreisen Nervosität herrsche.

„Times“ meldet dagegen aus Paris, wenn auch endgültige Anzeichen dafür beständen, daß die Meinung der Geschäfts- und Bankwelt in Frankreich über den gigantischen und zweifelhaften Charakter des Unternehmens beunruhigt sei, so scheine doch die Volks- und Parlamentarismusentscheidung enger zu werden denn je. Keine Hoffnung bestehe augenblicklich in französischen Kreisen, daß der Völkerbund im gegenwärtigen Zeitpunkt zweckdienlich eingreifen könne. Branting habe sich noch nicht entschlossen, ob er die Lage im Ruhrgebiet vor den Völkerbund bringen soll. Bixiani werde, wie verlautet, eine Verwendung des Völkerbundes in diesem Sinne ablehnend aufnehmen.

Die Sachen, so wenn er von den Richtern in Roabit sagt: „Die Völkerräte, die sie tragen, sind im Grunde nur heruntergerufte Allongeperrücken“ oder: „Am Gerichtssoal begegnet man noch ab und zu einem menschlichen Wesen, und das sitzt auf der Allongebank“. Aber selbst dieses Wort kommt einem schließlich irgendwie bekannt vor. Man sucht in seinen Dichtungen die Einheitslinie, möchte ihn gern bei etwas Tiefe fassen und halten, aber er entwirft einem mit elegantem Spott und verflüchtigt seine Seele in ein geschicktes Bonmot, ein kluges Paradoxon, einen raffiniert abgegebene Refrain. Interessiert lauscht man ihm indes, aber immer bleibt man kühl.

Worin die Mädchen die Knaben schlagen. Ein Bericht des englischen Unterrichtsministeriums beschäftigt sich mit der Frage, in welchen Fächern die Mädchen in der Schule bessere Leistungen aufweisen als die Knaben. Nach den hier angeführten Untersuchungen sind die Knaben den Mädchen in folgenden Unterrichtsfächern voraus: Englische Sprache und Literatur, moderne Sprachen, Geschichte, aber nur in der Wiedergabe von Tatsachen, nicht in der Auffassung und Bewertung der Ereignisse, Musik, in dem besseren Verständnis und in technischer Geschicklichkeit, aber nicht in körperlicher Arbeit. Die meisten Urteile, die abgegeben wurden, stimmten darin überein, daß die Mädchen sich besser der Schulaufgaben fügen, daß sie fleißiger und pflichtbewußter sind als die Knaben. Wenn die Jungen zu viel aufbekommen, dann arbeiten sie einfach weniger oder gar nicht. Die Mädchen aber sehen ihren Ehrgeiz darin, alles zu bewältigen, wenn sie auch damit ihre Gesundheit schädigen. Diefelbe Ausdauer und Gewissenhaftigkeit soll die weibliche Jugend auch beim Sport beweisen, und es besteht daher für eine Ueberanstrengung der Schülerinnen auf diesem Gebiet sehr viel mehr Gefahr als bei den Schülern.

Was ein Brief kostet. Die Kosten, die ein gewöhnlicher Geschäftsbrief unter den heutigen Umständen verursacht, werden nach genauen Ermittlungen in Leipzig für den 17. Januar im „Börseblatt für den Deutschen Buchhandel“ angegeben. Das Papier eines einfachen Briefes ist mit 9 M. berechnet, Satz, Druck, Schreiben mit 5 M., das stenographische Diktat von sechs Minuten mit 45 M., das Maschinenshreiben von 15 Minuten mit 55,30 M., der handschriebene Brief mit 3 M., der Briefumschlag mit Aufdruck mit 7,50 M., das Postgeld mit 50 M. Danach kostet also ein einfacher Brief 174,80 M. Eine Postkarte wird nach denselben, heute schon wieder sehr überhöhten Sätzen mit 79,40 M. Kosten berechnet.

Eintrittspreise der Staatstheater. Die durch amtlich beglaubigtes Lichtbild sich ausweisenden Reichsdeutschen, Deutschösterreichern und Ungarn sowie sonstige länger als ein Jahr hier ansässige und Steuern zahlende Ausländer zahlen vom 30. d. M. ab nur den 6. Teil, anstatt den 5. Teil der Eintrittspreise. Außerdem wird die Vorkaufgebühr abgeschafft.

Hans Zschawetzer liest Donnerstag 8 Uhr in der Ewer-Buchhandlung Knechtelstr. 54 aus eigenen Werken.

Ein neuer Rekord im Gleitflug. Der französische Flieger Douvroul hat auf dem Flugplatz von Camiers bei Claples mit seinem motorlosen Flugzeug einen neuen Rekord im Gleitflug aufgestellt, indem er 3 Stunden 31 Minuten 45 Sekunden in der Luft blieb. Der Wind hatte eine Stärke von 30—35 Km.



# Für Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat an das Reichsarbeitsministerium das bringende Ersuchen gerichtet, schnellstens eine entsprechende Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose vorzunehmen. Die Notwendigkeit dazu scheint um so mehr gegeben, als infolge der Vorgänge im Ruhrrevier eine Zunahme der Erwerbslosigkeit zu erwarten ist.

# Eröffnung des kommunistischen Parteitag.

In Leipzig wurde gestern der kommunistische Parteitag mit einem Referat Clara Zetkins über die weltpolitische Lage eröffnet. Sie führte etwa folgendes aus:

Der politische Geschäftsführer des französischen Kapitals, Poincaré, hat das Ruhrgebiet besetzt. Der politische Geschäftsführer des deutschen Kapitals, Herr Cuno, ruft zum passiven Widerstand auf. Heute empfiehlt man den Arbeitern den Streik. Das Proletariat muß wissen, daß hier seine Interessen nicht verteidigt werden. Die Deutschen haben keine Veranlassung zu förmlicher Entzweiung über gebrochene Verträge. Bereits der Weltkrieg wurde um Erz und Kohle geführt. Heute sind nur die Rollen vertauscht. Die weltpolitische Situation trägt den Keim des Revanchekrieges in sich. Die Kriegsgefahr bedeutet einen erneuten Weltkrieg von noch größeren Dimensionen als der, den wir erlebten. Von England und Amerika haben wir nichts zu erhoffen. Amerika ist an den niedrigen Löhnen der deutschen Arbeiter interessiert. Zwischen dem deutschen und französischen Kapitalismus besteht kein Unterschied. Deswegen ist es ein Verbrechen, den deutschen Arbeitern einzureden, daß eine Verbindung mit der deutschen Bourgeoisie möglich sei. Die Hilfe ist Sache des internationalen Proletariats, ganz besonders der deutschen und französischen Arbeiter. Eine Rettung wäre nur möglich, wenn die Arbeiter zusammenstehen. Notwendig ist die Erlassung der Sach- und Goldwette. Das Proletariat, vereinigt zur einheitlichen Macht, kann die erforderlichen Maßnahmen durchführen. Die Reformisten halten Einheit mit den Kapitalisten, nur die kommunistische Internationale stellt sich auf die Seite des Proletariats. Die einzige Regierung, die gegen die Ruhrbesetzung protestierte, war das proletarische Rußland. Die Aufgabe des Parteitag ist es, die Maßnahmen zu ergreifen, damit das Proletariat seine Aufgabe erfüllt. Wenn deutsche Proletarier verzweifeln, müssen wir sie auf Rußland verweisen. Rußland hat gezeigt, daß die Wiedergeburt politisch und wirtschaftlich erst möglich wurde, als das Proletariat die Macht übernahm.

An das Referat Clara Zetkins schloß sich eine feierliche Uebergabe roter Fahnen mit russischen revolutionären Inschriften an die Hamburger und Leipziger Organisation der SPD. an.

# Neue Ruhrreise Le Troquers und Weygands

Paris, 29. Januar. (Eca.) Der Minister für öffentliche Arbeiten, Le Troquer, und General Weygand sind in Begleitung des Grubendirektors Gulleaume und des Generalsekretärs des Obersten Eisenbahnrates gestern abend aus neu ins Ruhrgebiet abgereist, wo sie den Blättern zufolge bis Dienstag bleiben werden. Die Reise soll den Zweck haben, eine enge Verbindung der französischen Regierungsstellen mit den Befehlungsbehörden zu schaffen zur Durchführung des in den letzten Tagen ausgearbeiteten Planes, um den Widerstand Deutschlands zu brechen. Unzweifelhaft hat die umfangreiche Stilllegung in dem Eisenbahnbetrieb und der Post- und Telegraphenverbindungen, die sich besonders gestern nicht nur im neubefetzten Ruhrgebiet, sondern auch in einem Teile des besetzten linksrheinischen Gebietes bemerkbar gemacht hat, hier große Beunruhigung hervorgerufen. Die Blätter erklären, man sehe einem neuen deutschen Sabotagesystem gegenüber, das vielfach nicht zu fassen sei und den Anschein zu erwecken suche, als ob die Zerstörungen und Verkehrsstörungen die Schuld der Unfähigkeit der französischen Techniker und Arbeiter sei, die es nicht verstehen, mit den deutschen Jügen und Apparaten umzugehen.

Paris, 29. Januar. (Eca.) Der diplomatische Mitarbeiter der „Expressekorrespondenz“ behauptet, daß die Reise des Generals Weygand und des Ministers für öffentliche Arbeiten, Le Troquer, in das Ruhrgebiet auf pessimistische Nachrichten des Generals Degoutte zurückzuführen sei.

# Wie man in Paris Stimmung macht.

Paris, 19. Januar. (W.B.) Ein Sonderberichterstatter des „Antranigean“, namens Saboret, meldet, auf eine Frage des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Breitscheid: Bis wohin werden sie im Ruhrgebiet gehen?, habe er dem Abgeordneten geantwortet: Poincaré hat gesagt, die Mehrheit des Bundes steht hinter ihm“. Hierauf habe Dr. Breitscheid geantwortet: „Wenn das wahr ist — und die deutsche Regierung muß das wissen —, dann begehrt die letztere entweder eine Dummheit oder ein Verbrechen. Ich nehme das letztere an.“ Wir sind ermüdet, zu erklären, daß der Abgeordnete Dr. Breitscheid Herrn Saboret nicht kennt, nie einen Vertreter des „Antranigean“ empfangen und die fragliche Äußerung weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach ihm oder einem anderen gegenüber getan hat.

Verbot von Streikdemonstrationen in Hannover. Von einer „Reitung“ war zu einer Streikdemonstration für Sonntag ausgerufen worden. Auf Veranlassung des Oberpräsidenten Roske ist diese Kundgebung polizeilich untersagt worden. Das gleiche Schicksal werden alle Versuche haben, jetzt die Straße zu Kundgebungen zu benutzen, die leicht ausarten oder zu Zusammenstößen führen könnten.

# Devisenkurse.

	29. Januar		27. Januar	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Silber-) Kurs
1 holländischer Gulden	19047.90	19117.70	10623.87	10678.68
1 argentinische Papier-Peso	12219.87	12280.63	9925.12	9974.88
1 argentinischer Franc	1875.85	1894.68	1821.18	1828.82
1 norwegische Krone	9034.87	9065.18	5137.12	5162.88
1 dänische Krone	8204.22	8225.78	5296.87	5293.19
1 schwedische Krone	8802.93	8847.07	7122.15	7157.85
1 finnische Mark	—	—	608.82	671.88
1 japanischer Yen	15880.25	15939.75	12907.87	12882.18
1 italienische Lire	1566.07	1573.93	1261.83	1268.17
1 Pfund Sterling	153116.25	153863.75	124188.75	124811.25
1 Dollar	33166.87	33333.13	26932.50	27067.50
1 französischer Franc	2054.85	2095.15	1705.72	1714.28
1 brasilianischer Milreis	8740.62	8759.38	8017.43	8032.57
1 Schweizer Franc	6184.50	6215.50	4957.50	5012.50
1 spanische Pesta	5162.06	5187.94	4164.56	4185.44
100 österr. Kronen (abgef.)	—	—	86.15	86.85
1 tschechische Krone	—	—	788.08	786.92
1 ungarische Krone	—	—	10.22	10.28
1 bulgarische Leva	—	—	167.58	168.42
1 jugoslawischer Dinar	—	—	221.44	223.56

# Republikanerprotest gegen Ruhrbesetzung.

## Die Gefahr für Reichseinheit und Republik.

Eine stark besuchte öffentliche Versammlung am Sonntag im Zirkus Busch, veranstaltet vom Republikanischen Reichsbund, der am Samstagabend in Berlin seine Tagung begonnen hatte, wurde zu einer Kundgebung gegen die gewaltsame Ruhrbesetzung, für die bedrohte Reichseinheit und für die gefährdete Republik. Henning Duderstadt Prolog „Stunde der Not“, den Hans Brockmann vom Deutschen Theater mit aufrüttelnder Wirkung sprach, leitete ein. Freiherr von Brandenstein, Präsident des Republikanischen Reichsbundes, betonte in seinen Begrüßungsworten, daß alle Republikaner ohne Unterschied der sonstigen Parteizugehörigkeit gegen die dem deutschen Volk zugefügte Gewalt protestieren müssen. Aber darüber dürfe kein Zweifel aufkommen, daß wir nicht einen neuen Krieg, sondern den Frieden und die Völkerverständigung wollen. (Beifall.)

Der Ministerpräsident von Sachsen, Genosse Buch, kennzeichnete das Vorgehen Frankreichs als einen Schlag gegen die deutsche Wirtschaft. Er trifft nicht das Ruhrgebiet allein, sondern das ganze deutsche Volk, das ein friedliches Volk sein will und am Wiederaufbau Deutschlands und Europas zu arbeiten sich bemüht. (Zustimmung.) Aus den Trümmern, die der Krieg uns hinterließ, einen Weg zu bahnen, haben mutige Männer nach dem November 1918 versucht. Des deutschen Volkes Kraft reichte nicht aus, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, so stark auch der Wille war, von dessen Ehrlichkeit die Welt sich überzeugt haben mußte. Unsere Bieferungen von Reparationskohl stellen eine Leistung von durchschnittlich pro Tag 6800 Eisenbahnwagenladungen dar, die der deutschen Wirtschaft entzogen wurden. Frankreichs Einbruch in das Ruhrgebiet bedroht die deutsche Wirtschaft mit völliger Vernichtung. Den Volksgenossen, die dort den Schlag abzuwehren suchen, versprechen wir Unterstützung mit unserer ganzen Kraft. (Beifall.) Aber trotz des Unrechts gegen uns werden wir uns durch Kriege, die gewissenloses Vorgehen über das deutsche Volk zu bringen vorhaben (vielseitige Zustimmung), nicht von dem Weg des Rechts abdrängen lassen. Wir werden das uns bevorstehende Schwerk der nächsten Zeit überwinden — und gegen Gewalt wird das Recht siegen zum Wohle der deutschen Republik. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Ludwig Haas-Karlsruhe, Reichstagsabgeordneter der Demokratischen Partei, wies auf die Gefahr hin, daß Teile des Reiches losgerissen werden. Die französische Republik habe mit dem rechtswidrigen Ueberfall gegen die wehrlose deutsche Republik eine Freiheit verübt. (Beifall.) Wie 1914 auch Gegner der Monarchie das Vaterland nicht im Stich lassen, so müssen jetzt auch Gegner der Republik sich auf die Pflicht gegenüber dem gefährdeten Vaterland besinnen. (Sanktionierte Beifall.) Haas wandte sich in scharfen Worten gegen das Treiben der bayerischen „Nationalsozialisten“ und mahnte zur Geschlossenheit, die allein die uns drohende Gefahr überwinden könne. (Stürmischer Beifall.)

Der Völkerrechtler Prof. Schäding nannte den Einbruch in das Ruhrgebiet einen Kriminalfall des Völkerrechts, einen Versuch planmäßiger Völkerraubes, einen Gewaltakt, der aus dem Versailles Vertrag nicht zu begründen sei und dem der Rückstand in den Kohlenlieferungen als heuchlerischer Vorwand dienen solle. Wir scheuen es in die Welt hinaus, welches Unrecht die Gewalt an uns verübt. Gegen den Friedensbrecher wäre hier der auch im Völkerbund vorgesehene Wirtschaftsbottet geboten, der eine Pflicht der Völkergesamtheit sei. In Westfalens eisernem Willen müsse in einer moralischen „Leutoburger Schlacht“ die Gewalt zerbrechen. (Starker Beifall.)

Aus Westfalen sprach der Zentrumsabgeordnete K. Haas-Köln. 1906 sei bei dem schweren Grubenunglück auf der französischen

Jede Courrière eine Abordnung deutscher Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet herbeigekommen und habe sich mit Aufopferung an dem Rettungswerk beteiligt. Und jetzt, wo französischer Imperialismus die deutsche Wirtschaft zu erdrücken versucht — findet sich da in Frankreich eine Rettungsflotte? Der deutsche Bergarbeiter des Ruhrgebiets lehne es ab, sich zur Fronarbeit für Frankreich gebrauchen zu lassen. Er wisse, daß es sich jetzt für das ganze deutsche Volk um Freiheit oder Untergang handelt. (Stürmischer Beifall.)

Der letzte Redner, Barrer Klein-Frankfurt a. M., hob hervor, daß von den Arbeitern des Ruhrgebiets das Schicksal Deutschlands abhängt. Der einzige Bundesgenosse, auf den Poincaré noch seine Hoffnung setzen könne, sei — Bayern! (Stürmische Zustimmung.) Auch Klein warnte, den Weg des Rechts zu verlassen.

Der Versammlungsvorsteher, Redakteur Wetter-Berlin, gab bekannt, daß die bayerischen Republikaner wegen der Lage in Bayern, die dort ihre Anwesenheit forderet, der Berliner Tagung fernbleiben mußten. Er schloß mit einem Hoch auf die deutsche Republik.

# Kriegsgefangene und Ruhrbesetzung.

Die ehemaligen Kriegsgefangenen von Groß-Berlin hatten am Sonntag vormittag zu einer öffentlichen Versammlung in die Stadthalle eingeladen. Der Saal war gut gefüllt, auch viele Frauen befanden sich unter den Zuhörern. Genosse Großmann führte aus, daß die ehemaligen Kriegsgefangenen nicht aus der finanziellen Misere herauskämen, wenn sie sich nicht helfen. Darum hätten sie eine Unterstützungsliste auf Gegenseitigkeit gegründet, eine Sterbekasse und Fortbildungsmöglichkeiten errichtet. Denn um ihre Ziele zu erreichen, müßten die ehemaligen Kriegsgefangenen mit geistigem Rüstzeug versehen sein, um zu allen außen- und innenpolitischen und wirtschaftlichen Fragen Stellung nehmen zu können. Der Redner schloß mit einem Protest gegen den französischen Gewaltstreik. Regierungsrat Amberger sprach sodann über vergessene Reparationsleistungen. Er betonte, daß über 100 000 deutsche Kriegsgefangene 14 Monate lang in Nordfrankreich unentgeltlich gearbeitet haben. Diese Reparationsleistung sei der Welt untergegangen. Selbst deutsche Mitbürger dächten nicht mehr an sie. Das Deutsche Reich habe sie weder in Spa noch in London aufgezehrt. Die ehemaligen Kriegsgefangenen aber erhöhen die Forderung nach Anerkennung dieser Leistungen. Die deutsche Regierung müsse feststellen, ob diese Leistung auf das Reparationskonto angerechnet werden kann oder nicht. Die ehemaligen Kriegsgefangenen hätten persönlich Wiederaufbauforderungen zu stellen, sie würden diese mit Festigkeit verteidigen, sie aber im Augenblick zurückstellen, da eine Atempause nötig sei und uns zurzeit nur der Geist einer guten Sarggemeinschaft reiten könne. Als darauf Genosse Barsanti sich gegen die unproduktiven Ausgaben für den Entente-Militarismus wandte, erhoben die Kommunisten, die zur Verkleinerung sprengung herbeigeführt waren, ein müßiges Gebrüll. Einige sangen die Internationale, das heißt, nur den wiederkehrenden Keim, weil sie den Legnhalt offenbar nicht einmal kannten, eiliche Trillerpfeifen ertönten und ein paar hysterische Frauen schrien. Über außer den Nabaumachern selbst imponierte diese „geistreiche“ Kundgebung niemand. Als der Redner mit den Worten schloß, nur feste, innere Geschlossenheit gibt unserem Widerstand die Kraft, die zum Erfolg führt, lohnte ihm lauter Beifall. Zum Schluß sprach ein Abgeordneter aus dem Ruhrrevier, Bäteführer, der den seifenähnlichen Kampfwillen aller betonte. Er wandte sich gegen die Handvoll Schreier in Berlin, die etwas nicht mitmacht, weil die Vorkampfdoktrin es nicht erlaube. Gegen die Stimmen der bestellten Nabaumacher wurde eine Resolution im Sinne der obigen Ausführungen angenommen.

# Ein skandalöses Urteil.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelte heute über die bekannten stürmischen Vorgänge in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Angeklagt war der Genosse Ulrich. Am 16. November hatte der deutschnationalen Stadtverordnete Rube die Besprechung der Zirkus-Busch-Krawalle zu einer provozierenden Rede gegen die Linke benutzt. Als er behauptete, die Sozialdemokratie habe sich „mit besonderem Eifer an die Erbschaftsmasse herangebrängt“, kam es zu ungeheuren Sturmjungen, in deren Verlauf Ulrich den deutschnationalen Stadtverordneten Büdte gestochen und ihm zugerufen haben soll, „Sie Lump jerrische ich in Stücke“. Ulrich selbst hat diese Angaben bestritten. Die Zeugnisaussagen waren widersprechend. Das Gericht verurteilte den Genossen Ulrich zu 50 000 M. Geldstrafe, während der Amtsanwalt die Strafe gestrichelt hatte, 6 Wochen Gefängnis zu beantragen. In der fraglichen Sitzung waren nicht nur die Vertreter der Linken über die Frechheit des Herrn Rube entrüstet gewesen. Bürgerliche Stadtverordnete äußerten sehr laut ihren Unwillen über die provozierende Art, mit der dieser Herr seine Ausführungen zu vollkommener zum Jam gebrochenen Angriffen gegen die Sozialdemokratie benutzte. Seine eigenen Freunde bestimmten ihn während der Unterbrechung der Sitzung zur Abgabe einer Erklärung, daß er sich bei der Fortsetzung seiner Rede jeder weiteren Provokation enthalten werde. Nur dadurch war es möglich, bei der ungeheuren und allgemeinen Erregung die Sitzung überhaupt fortzusetzen. Doch ein Berliner Gericht bei solchen Zusammenhängen, wenn es glaubt die „Würde des Parlaments“ wahren zu müssen, sich gegen die Angegriffenen und nicht gegen die Provokateure wendet, ist bezeichnend für unsere mehr als skandalösen Gerichtsverhältnisse.

# Reichsgericht gegen Milchamt.

Zu unserem Bericht über die reichsgerichtliche Entscheidung gegen das Berliner Milchamt wird uns aus Stadtverordnetenkreisen folgendes geschrieben:

In der Ernährungsdeputation ist seit langem gegen die zum Teil zu hohe Festsetzung der einzelnen Spannen durch das Berliner Milchamt protestiert worden. Erst nach langem und heftigem Kampfe ist es den sozialdemokratischen Vertretern gelungen, die Erhebung der sogenannten Umjahsteuererisiko-spanne endgültig zu beseitigen. In der letzten Deputations-sitzung wurde von den sozialdemokratischen Vertretern die Forderung nach Vorlegung einer ordnungsmäßigen Bilanz über das bisherige Ergebnis des Geschäftsbetriebes beim Berliner Milchamt gestellt, um auf diese Weise einen Ueberblick sowohl über die finanzielle Lage des Milchamts wie über die Auswirkung der bei den einzelnen Spannen vom Milchamt einlassierten Beträge zu bekommen. Die Vertreter des städtischen Milchamts erklärten eine solche Bilanz nicht geben zu können. Die Wirtschaft sei früher eine derartige gewesen, daß es der allergrößten Anstrengungen bedürftig habe, um zu einem geordneten Geschäftsbetrieb zu kommen. Es wurde als unmöglich bezeichnet, innerhalb vierzehn Tagen die gewünschte Bilanz vorzulegen. Die Mitteilungen der Vertreter des Milchamts hatten die äußerste Entrüstung aller Mitglieder der Deputation zur Folge. Es wurde beschlossen, die Vorlegung der Bilanz innerhalb vierzehn Tagen kategorisch zu verlangen. Der Magistratsdeputierte, Stadtrat Dr. Richter, erklärte, von den Zuständen in der Buchführung des Milchamts gemußt zu haben. Die Abhilfe sei aber nicht so schnell möglich gewesen. Ein Kommentar zu diesem Verhalten erübrigt sich wohl. Ebenso wurde keine bestimmte Erklärung darüber abgegeben, wo die durch die zuviel erhobene Umjahsteuer als Risikospaune aufgeschickten 150 Millionen sich be-

finden. Bei Vorlage der Bilanz wird es zweifellos zu einer eingehenden Aussprache und hoffentlich radikalen Abstellung dieser Wirtschaft kommen, die in ihrer heutigen Form natürlich eine Benachteiligung der Konsumenten bedeutet. Auch die Wirtschaftsführung des Milchamts muß endlich in derselben Weise, wie das bei allen anderen städtischen Geschäftsbetrieben geschehen ist, nach rein kaufmännischen Gesichtspunkten reorganisiert werden. Wenn dem zuständigen Magistratsdeputierten es an der nötigen Energie fehlen sollte, so wird die Deputation zweifellos nachhelfen.

# Verhaftung eines 17jährigen Millionendefraudanten.

Die Verhaftung eines jungen Burschen in einem Kaffeehause in der Friedrichstraße verursachte am Samstagabend das Gerücht, der nach Veruntreuung von 10 000 Dollar flichtige Bankhehler Herbert May sei gefast worden. Es handelte sich jedoch um die Verhaftung eines 17jährigen Bankhehlers Herbert Schmidt, der seit dem 23. d. M. nach Unterschlagung von 3 Millionen Mark aus Kiel flüchtig geworden war. Der junge Mann hatte das Geld von seinem Geschäft, der Bankwirtschaftlichen Genossenschaftsbank, erhalten, um es zur Post zu bringen. Statt dessen fuhr er damit in Begleitung seines Freundes Hans Haback nach Berlin. Beide spielten hier die Ledemänner und brachten es fertig, in den wenigen Tagen über 1 Million Mark auszugeben. Der Rest wurde noch bei ihnen gefunden und beschlagnahmt.

Die Gasvergiftungen nehmen zu. Die Feuerwehr hat jetzt mehr Gasvergiftungsfälle als Brände zu verzeichnen. So wurde sie am Sonntag u. a. nach der Markthalle am Marktheaterplatz, nach der Bedürfnisanstalt vor dem Hause Lothringer Str. 25, Tiergartenstraße 7, Ullrichstr. 247, Friedenstr. 95, Gleimstr. 56, Lange Str. 25 usw. gerufen. Leider in mehreren Fällen zu spät. Mit Sauerstoff gelang es, einige Vergiftete zu retten und nach Krankenanstalten zu schaffen. Immer wieder muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß sofortige telephonische Benachrichtigung stets schnellste Hilfe gewährleistet.

24 öffentliche Mieterversammlungen, die am gestrigen Sonntag in Groß-Berlin stattfanden, schienen eine Entschleunigung, in der sie von dem Magistrat Groß-Berlins verlangten, daß derselbe keinerlei Mieterhöhungen durch irgendwelche Zuschläge mehr zustimmen soll, denn die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Mieter sei vollständig erschöpft durch die furchtbare Teuerung auf allen Gebieten ihrer Lebenshaltung. Die Mieterchaft erklärt schließlich, im äußersten Fall zum Streik schreiten zu wollen.

Schwerer Unfall des Kölner Schnellzuges in Paris. Zum zweiten Male seit ganz kurzer Zeit hat der aus Köln eintreffende Schnellzug einen Bremsloch im Pariser Nordbahnhof überfahren. Durch die Erschütterung wurden Türen und Türfenster der ersten Waggons vollkommen zertrümmert. 12 Reisende, Franzosen und Belgier, jedoch kein Deutscher, erlitten Quetschungen und Verletzungen durch Gasplücker. In einem nahegelegenen Krankenhaus wurde ihnen die erste Hilfe zuteil.

# Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kühler, veränderlich, überwiegend trübe mit wiederholten Niederschlägen und ziemlich häufigen westlichen bis nordwestlichen Winden.

# Groß-Berliner Parteinachrichten.

21. Okt. Dienstag, den 29. Januar, abends 7 Uhr, Ballabend bei Schmidt, Warendorfer Str. 48; Kauer, Jannusstraße 25; Singer, Christburger Str. 9; 6442, Zellerstr. 2.



